

1,5 Prozent mehr Geld für Bildung

Bildungspolitische Kurznachrichten

Statistik

Neun von zehn Studienanfängern studieren nach dem Bologna-System. Die Reform hat an den Universitäten Bern, Zürich und Lausanne erst angefangen, an der ETH Lausanne sowie den Hochschulen St.Gallen und Luzern ist sie fast abgeschlossen. 2010 soll sie überall verwirklicht sein.

*

15 Prozent der Studierenden an Schweizer Hochschulen stammen aus dem Ausland, bei den Doktoranden sind es 43 Prozent. 43 Prozent der Professoren an den Universitäten und 18 Prozent an Fachhochschulen sind Ausländer. 70 Prozent davon kommen aus Nachbarländern.

*

Im Jahr 2005 hat die öffentliche Hand 26,5 Milliarden Franken in die Bildung investiert. Davon profitieren konnten 1,4 Millionen Schülerinnen, Schüler und Studierende. Die Bildungsausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 Prozent gestiegen.

Koordination

Die Bildungsdirektoren der Kantone Aargau, Solothurn und der beiden Basel wollen ihren Regierungen beantragen, einen gemeinsamen Staatsvertrag auszuarbeiten, der zum einen die nationalen Vorgaben im Bereich obligatorischer Schule («HarmoS») berücksichtigt, zum andern aber den Vorbehalten gegenüber dem gemeinsamen Bildungsraum Rechnung trägt.

Universitäten

Koordination

Universität Zürich und ETH Zürich stellen Studierenden und Mitarbeitenden einen einheitlich gestalteten Ausweis aus. Die neue Karte ist nicht nur Legitimationskarte, sondern dient unter anderem auch als Bibliothekskarte für den Bibliotheksverbund. Trotz äusserlicher Identität der beiden Karten werden sie von zwei unabhängigen Systemen betrieben. Es werden keine Daten zwischen den beiden Hochschulen ausgetauscht.

Lausanne

Die Waadtländer Regierung beantragt vom Grossen Rat einen Kredit in der Höhe von rund 11,3 Millionen Franken für ein neues Gebäude, damit sich die Human-, Sozial- und Umweltwissenschaften weiter entwickeln können und die steigenden Studentenzahlen bewältigt werden können.

Luzern

Die Universität bietet ab Herbst 2008 den neuen Studiengang «Master of Theology in Liturgical Music» an. Das Fach verbindet Musik und Theologie. Beide Bereiche konnten bisher nur getrennt studiert werden. Das Studium wird an der Theologischen Fakultät in Zusammenarbeit mit der Hochschule Luzern angeboten.

*

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät eröffnet ein neues Kompetenzzentrum «Center for Conflict Resolution». Es forscht und lehrt zum Thema Konflikt und Verfahren. Sein besonderes Interesse gilt der wissenschaftlichen Begleitung neuer Rechtsentwicklungen und Gesetzesverfahren im schweizerischen Verfahrensrecht.

Eidgenössische Technische Hochschulen

ETH Lausanne

Die ETH Lausanne schafft den Forschungsbereich Financial Engineering und sieht dort eine neue Ausbildung auf Masterebene vor.

Hochschulen

Während Universität und ETH ihr Master-Angebot autonom festlegen können, müssen die Fachhochschulen dafür zwingend das Plazet des Bundes einholen. Aus bildungspolitischen Gründen will der Bund das FH-Master-Angebot künstlich begrenzen, denn bei den FH-Studienrichtungen (ausgenommen Kunsthochschulen) soll beim Master bewusst die Selektion der Besten angestrebt werden. Der Bund überlässt zwar die Selektion offiziell den Schulen, begrenzt aber das Master-Angebot indirekt durch verschärfte Bewilligungspraxis und die Vorschrift von Mindestgrössen der Lehrgänge. Die Schulleiter wollen zurzeit keine landesweit normierte, einheitliche Master-Aufnahmepraxis. Dies macht die Auswahl der Master-Elite schwieriger.

*

Die Stadt Neuenburg wird Sitz der Fachhochschule im Jurabogen. Dies haben die Kantone Bern, Neuenburg und Jura beschlossen. Zu diesem Vorhaben gehört auch ein Neubau beim Bahnhof Neuenburg.

*

Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement hat fünf Agenturen anerkannt, die in seinem Auftrag die Qualität von Fachhochschulen überprüfen dürfen.

*

Die Zürcher Hochschule der Künste und das Winterthurer Institut für angewandte Medienwissenschaft bieten ab Herbst 2008 die Ausbildung zum «Master of Arts in Education» an mit der Ausrichtung «Publizieren und vermitteln».

Forschung

Hochschulen und Finanzbranche gründen ein gemeinsames Institut für Design. Dabei geht es darum herauszufinden, wie man mit moderner Technologie den Informationsfluss zwischen Banken und Kunden verbessern kann. Die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) ist Sitz des Institutes. Am «Swiss Design Institute for Finance and Banking» weiter beteiligt sind die ETH Zürich und Lausanne sowie die Universitäten St.Gallen und Zürich.

Fort- und Weiterbildung

Richter und Gerichtsschreiber sollen sich berufsbegleitend weiterbilden können. Die schweizerischen Rechtsfakultäten, die Stiftung für Weiterbildung schweizerischer Richter und die Richtervereinigung haben in Luzern den Verein Schweizer Richterakademie gegründet. Der erste Kurs soll 2009 starten und zu einem «Certificate of Advanced Studies» führen.

Mittelschulen

Die Bildungsdirektoren der 23 grössten Städte wollen das Langzeitgymnasium aufheben und haben einen entsprechenden Forderungskatalog an die Erziehungsdirektorenkonferenz gesandt. Die Selektion solle nicht bereits nach der Primarstufe beginnen, um die Chancengleichheit zu gewähren. Im weiteren werden leistungsmässig stark durchmischte Klassen mit Niveauszügen in einzelnen Fächern gefordert. Zurzeit bieten elf Kantone in der Deutschschweiz Langzeitgymnasien an.

Zürich

Das Selbstlernsemester an der Kantonsschule Zürcher Oberland in Wetzikon wird definitiv eingeführt. Im ersten Semester der fünften Klasse erhalten die Schüler Aufgaben und Lernziele in den Fächern Deutsch, Mathematik, Französisch, Englisch sowie im jeweiligen Schwerpunktfach, die sie erreichen müssen. Die Lehrer stehen ihnen per E-Mail und in dazu vereinbarten Lektionen als Auskunftspersonen zur Seite. Ursprünglich als Sparmassnahme gedacht, beträgt das Sparpotenzial mit der definiti-

ven Einführung, die unter anderem mehr Lektionen vorsieht, nur noch ungefähr die Hälfte.

Volksschulen

Kindergärtler und Primarschüler mit schweren Sprachbehinderungen werden ab Schuljahr 2009/10 im ganzen Kanton Zürich einheitlich geschult. Zu den bestehenden Sprachheilschulen in Stäfa und Zürich wird eine dritte in Winterthur errichtet.

*

Der Baselbieter Landrat spricht sich für schärfere Disziplinarmaßnahmen an den Schulen aus. Möglich sein soll unter anderem ein Schulausschluss von bis zu acht Wochen.

*

Im Kanton Zürich hat das «Komitee Pro Bildung» seine Volksinitiative zur Verkleinerung der Schulklassen auf das Niveau von 2004 zurückgezogen. Die Vergrößerung der Klassen war seinerzeit als Sparmassnahme beschlossen worden. Das Kantonsparlament verabschiedete einen Gegenvorschlag, der nur einen Drittel dieser Sparmassnahmen rückgängig machen und die Klassen weniger stark verkleinern will. Die Initianten erreichten mit dem Rückzug der Initiative die Zustimmung zu einer Motion, die eine gesetzliche Begrenzung der Klassengrösse im Lehrpersonalgesetz verlangt.

*

Das Solothurner Bildungsdepartement erlässt eine «Handreichung» für den Umgang mit Fragen zur Religion in der Schule. Die öffentliche Schule habe das Grundprinzip der religiösen Neutralität zu achten. Konkret gebe es aber keinen Grund, auf Feiern mit christlichem, religiösem und kulturellem Hintergrund zu verzichten. Aber es sollten auch Feiertage oder Feste anderer Religionen thematisiert werden. Im Kanton Solothurn gibt es keine Vorschriften über das Tragen religiöser Symbole (z.B. Kopftuch). Die Bekleidung liegt in der Verantwortung der Eltern.

*

In der Waadt ist eine Volksinitiative zustande gekommen, die in allen Klassen der Primar- und Sekundarschulen des Kantons wieder die Notengebung einführen will.

*

Der Zürcher Regierungsrat stellt sich gegen eine Motion der SVP, die Sanktionen gegen Eltern und Kinder verbindlich festschreiben will. Er lehnt den Vorschlag ab, analog zum Strassenverkehr Ordnungsbussen im Schulwesen einzuführen. Es soll

weiterhin den Schulbehörden überlassen bleiben, ob sie für Eltern, die ihre Erziehungspflichten vernachlässigen, eine Busse beantragen wollen.

*

Die Zürcher Bildungsdirektion will die Lehrer vor Überlastung schützen. Ihre Arbeit soll sich nicht mehr nach einer bestimmten Anzahl Lektionen richten, sondern nach einer Jahresarbeitszeit auf der Basis einer 42-Stunden-Woche.

Berufsbildung

Der Zürcher Bildungsrat will die Berufswahlvorbereitung verbessern. Er beschliesst die seit 2005 an Pilotschulen erprobte «Neugestaltung des 9. Schuljahres» aufs Schuljahr 2009/10 flächendeckend einzuführen. Dabei absolvieren die Schülerinnen und Schüler etwa ab Mitte des 8. Schuljahres eine computergestützte Analyse der persönlichen Fähigkeiten. Gestützt darauf führen Schüler, Lehrkräfte, Eltern und Berufsberater ein Gespräch, in dem individuelle Ziele für das 9. Schuljahr festgelegt werden.

Verbände, Organisationen, Institutionen

Die Änderungen in der Aus- und Weiterbildung von Pflegenden ist ein Mitgrund, weshalb der Schweiz. Berufs- und Fachverband der Geriatrie-, Rehabilitations- und Langzeitpflege (SBGRL) und der Schweiz. Berufsverband der Hauspfleger(innen) und Haushelfer(innen) (Vivica) fusionieren. Der neue Verband nennt sich Curahumanis und wird seinen Sitz in Luzern haben.

Verschiedenes

Im Kanton Genf ist eine Volksinitiative zustande gekommen, die ein Betreuungsangebot verlangt für Schülerinnen und Schüler von morgens 7.30 Uhr bis abends 18 Uhr. Inspiriert wurden die Initianten von der Situation in Lausanne, wo ein ähnliches Angebot bereits existiert.

*

Im Kanton Luzern ist das Referendum gegen den HarmoS-Beitritt zustande gekommen.

*

Kinder- und Ausbildungszulagen sollen künftig steuerfrei sein, verlangt die St.Galler Regierung in einer Standesinitiative, die sie beim Bund eingereicht hat. Infolge der progressiven Besteuerung werde heute die entlastende Wirkung der Zulagen für Familien erheblich geschwächt.

*

Das neue Sprachengesetz des Bundes soll auf 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt werden. Darin werden Bund und Kantone verpflichtet, sich für einen Fremdsprachenunterricht einzusetzen, «der nach der obligatorischen Schulpflicht Sprachkompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache gewährleistet».

Volkssentscheide

Die Stimmberechtigten des Kantons St.Gallen haben die Erweiterung und Sanierung des Berufs- und Weiterbildungszentrums in Altstätten genehmigt. Die Kosten sind auf 28,9 Millionen Franken veranschlagt, wovon der Bund voraussichtlich 5,3 Millionen Franken übernimmt.

*

Die Schaffhauser Stimmberechtigten lehnen eine Lehrstelleninitiative (Schaffung eines Berufsbildungsfonds) ab.

Publikationen

Der Faltprospekt «Bildungsstatistik 2007» des Bundesamtes für Statistik ist erschienen. Er publiziert unter verschiedenen Gesichtspunkten Kennzahlen zu Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Bildungsabschlüssen über alle Stufen, zu Lehrkräften und Hochschulpersonal, ausgewählten Bildungsabschlüssen, Ausbildung der Zwanzigjährigen sowie zu Ausgaben der öffentlichen Bildungsausgaben.

Internationale Nachrichten

Grossbritannien

Im Kampf gegen das zunehmende Übergewicht bei Kindern ist geplant, Kochkurse in den Schulen zur Pflicht zu machen. Jugendliche zwischen 11 und 14 Jahren sollen lernen, wie sie gesunde Mahlzeiten mit frischen Zutaten zubereiten können.

Russland

Die Europäische Universität in St. Petersburg wurde wegen angeblicher Verletzung feuerpolizeilicher Vorschriften geschlossen. Die 1994 gegründete Privaturuniversität erforschte 2007 mit Unterstützung von EU-Mitteln das Verhalten von Wahlbeobachtern in Russland. Die Universität wurde beschuldigt, ein Agent ausländischer Einmischung zu sein.

Abgeschlossen: 1. März 2008

Walter E. Laetsch